

Die deutsche Bevölkerung nach Europa zu verfahren. Aufgabe des Staatsmänners sei es, in Europa die Annäherung der Völker zu fördern, daß die bisherigen Spannungen zwischen den einzelnen Völkern nach Möglichkeit beseitigt würden. Das Ausschluß bilige einstimmig die Erklärung von Rom.

Das Ende des Obersten Rates?

London, 22. Jan. Lord Robert Cecil sagte in einer Rede vor dem Obersten Rat, die Sitzungen des Obersten Rates dürften kaum wieder ansetzen. Nach den letzten Erklärungen von Poincaré müsse man die Tätigkeit des Obersten Rates als abgeschlossen betrachten.

Papst Benedikt XV. †

Rom, 22. Januar. Papst Benedikt ist in der Nacht zum Sonntag gestorben.

Rur wenig mehr als sieben Jahre hat Papst Benedikt auf dem päpstlichen Stuhl gesessen, den er im ersten Kriegsjahr, am 3. September 1914, als Nachfolger von Pius X. bestieg. Papst Benedikt fand eine außerordentlich schwierige Situation vor, in der es vor allem, zumal nach dem Eintritt Italiens in den Krieg, galt, die kirchliche Neutralität aufrecht zu erhalten. Der hohen diplomatischen Befähigung Benedikts war hier Erfolg beschieden. Er blieb dabei aber nicht stehen, sondern begann alsbald seine Bemühungen um Erweckung des Friedensgedankens in der von wilhelm Waffenkrieg durchtönten Welt. Es war umsonst, besonders wegen der unerschütterlichen Haltung Frankreichs. So richtete denn Benedikt sein tatkräftiges Augenmerk darauf, den Kriegspartnern Hilfe zu bringen. Und hier hat er, auch zugunsten deutscher Kinder, anerkanntswertes zuwege gebracht. Ihm verdanken viele schwerverwundete Kriegsgefangene, daß sie ausgetauscht und in pflichtgemäßere Behandlung genommen wurden. Obwohl ein alter Freund und Mitarbeiter des früheren Kardinal-Staatssekretärs Rampolla, eines höchst streitbaren Kirchenfürsten, war Benedikt durchaus ein Mann des Friedens. Sein Vertrauen galt da der Verlegung der Fehde zwischen Vatikan und Turin, die gute Fortschritte gemacht hat. Benedikt hatte auch die Genugtuung, zu erleben, daß England einen Gesandtenposten beim Vatikan einrichtete. Unter seinem Pontifikat nahmen Einfluß und internationale Machtstellung der katholischen Kirche nicht unbedeutend zu, und der neue Papst wird einen gut vorbereiteten Boden antreffen, auf dem er insbesondere die von Benedikt eingeleitete kirchliche Weltpolitik mit vieler Aussicht fortführen kann. Benedikt, geboren als Graf della Chiesa am 21. November 1854 in Aquileo, war auf der Stufenleiter der vatikanischen Diplomatie zur höchsten kirchlichen Würde aufgestiegen.

Die Zwangsanleihe.

Man schreibt uns: Nach Hängen und Würgen ist das Steuerkompromiß fertig geworden. Das Zentrum hat sich für die Zwangsanleihe entschieden. Sie soll der Ersatz für die Erstattung der Sachwerte sein, obwohl diese Lösung ebenso gefährlich ist, wie die Erstattung. Ob die Demokraten nunmehr dieser Lösung beitreten werden, ob sogar die Deutsche Volkspartei dafür zu haben sein wird, ist noch nicht unbedingt sicher. Allerdings kann die Zwangsanleihe nicht sofort flüssig gemacht werden. Notwendig ist es, die Erfinder dieser Lösung zu veranlassen, einmal auszusprechen, wie sie sich die finanztechnische und wirtschaftliche Auswirkung der Zwangsanleihe vorstellen. Es kann sich noch nicht darum handeln, daß unter allen Umständen der Befehl erteilt wird, sondern nur darum, welchen Widerstand und in welcher Form die Wirtschaft entgegen kann. Wenn sie so umgelegt wird, daß jeder von seinem feuertechnisch festgestellten Vermögen einen gewissen Teil als Zwangsanleihe zeichnen muß, so wird der Erfolg ein ganz anderer sein, als die Urheber dieses Planes sich denken. Zunächst ist einmal zu beachten, daß der Geldwert noch immer im Steigen ist, so daß sich daraus schon bei der Umlage Inzusträglichkeiten ergeben. In ein oder zwei Jahren läßt sich die Neuordnung des Geldwesens nicht erreichen. Wenn die Zwangsanleihe nun in früheren Anleihen, Schuldscheinen des Reiches und Banknoten geleistet werden darf, so erhält das Reich überhaupt kein neues Geld. Auf der anderen Seite entzieht das der inneren Wirtschaft die flüssigen Mittel, was zu einer schweren Krise führen muß. Die Zwangsanleihe ist so nichts anderes als die Erstattung der Sachwerte, das heißt, sie wirkt vollwirtschaftlich gerade so ungünstig. Es ist aber nicht Steuererschau, wenn sich der Befehl gegen diese Belastung wehrt. Vielmehr brückt sich darin aus, daß Deutschland zu arm ist, um eine innere Anleihe von nennenswertem Betrag ausbringen zu können, weiter kommt hinzu, daß nicht alle Vermögensgegenstände in Summen liegen haben, die sie für die Zwangsanleihe zeichnen müssen. Es bleibt für sie dann nichts anderes übrig, als Schulden zu machen, was wieder die äußerste Anspannung und Anspannung des Geldmarktes zur Folge hat. Was die Hauptsache ist, die Zwangsanleihe muß, soll sie überhaupt etwas einbringen, so tief in den Vermögensstand eingreifen, daß Einschränkungen und Abdeckungen der Wirtschaft unvermeidlich sind. Was gerade besorgt die Arbeiter merken, soweit sie sich von den Führern im Sinne der Erstattung des Vermögens haben einfinden lassen. Die Zwangsanleihe wird gar keine Mittel einbringen, die für die Wiederherstellung zu verwenden sind. Auf der anderen Seite fehlen der Wirtschaft dann im Inland die Summen, um die Maschine im Gang zu halten. Wer die Zwangsanleihe trotzdem will, muß damit einverstanden sein, daß die Erzeugung so gesteuert wird, um den Abwärts möglichst sofort wieder auszufüllen.

Die Erhöhung der Beamtenbezüge.

Die Sonnabendbildung des Reichstages gehörte der Beratung sogenannter kleinerer Vorlagen, deren Tragweite zuweilen freilich nicht gering ist. Beim Gegenstand über den Kassenbestand des Reichsbank, einem rein finanztechnischen, gab es keinen Aufenthalt. Er wurde dem Haushaltsausschuß übergeben. Weniger glatt vollzog sich, wie nicht anders zu erwarten, die Behandlung des viersten Haushaltsprojekts von rund 4 1/2 Milliarden Mark zur Erhöhung der Beamtenbezüge. Eine ansehnliche Summe, gewiß, aber trotzdem keine durchgreifende Hilfeleistung in der Leertagezeit der Zeit. Es wurde denn auch von deutschvolksparteilicher Seite (Abg. Morath) die Erhöhung der Beamtenbezüge zu den Kinderzulagen beantragt, vom Regierungsvorsteher aber auf spätere eingehende Ansprache über Besoldungsfragen vertagt und um unveränderte Annahme der Regierungsvorschläge ersucht. Dem wurde denn auch unter Ablehnung der Verbesserungsvorschläge entsprochen im Interesse schneller Hilfeleistung. Von kommunistischer Seite gab es einen triumphierenden Hinweis auf den im Sachsinne beginnenden Eisenbahnerstreik. Zwischen durch machte Präsident Lobe Mitteilung vom Abgehen des Papstes. Nicht, ohne eine Würdigung der menschlichen Freundschaftlichen Taten des Kirchenfürsten in und nach schwerer Kriegszeit zugunsten der Gefangenen, Verwundeten und Kindern, auch Deutschen, in Worten des Dankes anzufügen. Dann trat die Tagesarbeit wieder in ihr Recht, wurde der Gegenstand über Erhebung einer Abgabe zur Förderung des dringend benötigten Wohnungsbaus dem Wohnungsausschuß überwiesen, und die deutschnationalen Interpellation über die Wirtschaftslage in Ostpreußen vorgenommen, bei deren Begründung Abg. Graf Kainig die vielen Missetaten vorführte, unter denen der vom Reich im direkten Verkehr getrennte reiche Gebietsteil im Nordosten zu leiden hat. Eine Interpellation über Putschverwicklungen mit Österreich fand schnelle Abfertigung. Dann trat Vertagung ein.

Die Kontrollkommissionen.

Berlin, 22. Jan. Die aus gutunterrichteten Kreisen mitgeteilt wird, ist dem General Kollert von Paris aus mitgeteilt worden, daß von einem Abkommen der französischen Militärkontrolle in Deutschland vorübergehend nicht zu denken sei, selbst wenn sich England und Italien hierzu entschließen und ihre Offiziere absetzen würden. Die französischen Kontrollkommissionen sollen vielmehr erneut angeordnet werden, ihre Kontrolle zu verneuern und auch die kleinsten Unregelmäßigkeiten bei ihren Kontrollbesuchen sofort telegraphisch nach Paris melden. In der gleichen Weise seien alle Fälle zu

melden, in denen englische Offiziere bei den Kontrollen nicht mit den nötigen Sorgfalt verfahren.

Der Stand des deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 22. Jan. Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen sind nunmehr so weit fortgeschritten, daß man für Anfang der nächsten Woche eine Formulierung der einzelnen Vertragspunkte, über die eine Einigung erzielt worden ist, vornehmen zu können hofft. Die Streitpunkte sind vor allem die Frage des Liquidationsrechtes, der Schutz der Arbeiter und der Zusammenhang der oberirdischen Gewerkschaften mit den deutschen Spitzenorganisationen.

Eine neue Übung Hindenburgs.

Hannover, 22. Jan. Generalleutnant v. Hindenburg ist zum Oberhauptmann und Ehrenkommandanten des Johanniter-Ordens ernannt worden.

Am der Futtertruppe.

Delmar, 22. Jan. Als man im Mai 1920 den neuen Großkanal Thüringen aus der Taufe hob, war man allgemein der Ansicht, daß die acht Gebietsergänzungen, die in den alten Restriktivstädten die Geschäfte der Reichshaupten besorgen, bald eingehen würden. Schon aus Erfahrungsgründen war man sich gefaßt. Die lokalen Gewerkschaften veranlaßten die Thüringische Staatsregierung, den Zweck des Abbaues der Kleinhandlungen immer mehr hinauszuschieben und die sozialpolitische „Regierung“ jetzt noch ein weiteres Jahr, bis 1. April 1923, zu erlauben.

Rechtsabkommen mit der Tschecho-Slowakei.

Prag, 22. Jan. Auf Grund der vom Justizminister mit Vertretern des Deutschen Reiches getroffenen Verhandlungen wurde im Ministerium des Reiches der Vertrag über das Rechtsabkommen und die Rechtsbehelfe in Zivilsachen unterzeichnet. Ebenso ist man zu einem Übereinkommen in der Frage der gegenständlichen Vollstreckbarkeit gerichtlicher Urteile in Zivilsachen gekommen.

Entkaufklärung der französischen Bahnen.

Paris, 21. Januar. Die Regierung hat der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Errichtung einer Aktien-Gesellschaft vorseht, die die französischen Staatsbahnen übernehmen soll. Das Aktienkapital der Gesellschaft soll 500 Millionen betragen, wovon 350 Millionen vom Staat übernommen werden sollen. In einem anderen Punkte wird die Gründung einer Gesellschaft mit nur 210 Millionen Kapital vorgeschlagen, wovon ein Drittel von den Departements und Kommunen, sowie Handels- und Wirtschaftskammern übernommen werden und der Rest im freien Handel zu haben sein wird. Außerdem sollen 60 000 Arbeiter-Aktien geschaffen werden.

Eine Warnung an Kaiser Karl.

Wien, 22. Jan. Die diplomatischen Vertreter von England, Frankreich und Italien in Wien haben dem politischen Departement mitgeteilt, die Hoffnungen auf Kaiser Karl und die Erzherzogin Zita davon in Kenntnis zu setzen, daß jeder von ihnen unternehmene Versuch zur Wiedererrichtung der Monarchie ihre Intervention auf einer entschieden feindlichen Seite zur Folge haben würde.

Anarchie in Albanien.

Athens, 22. Jan. Nach Meldungen aus Albanien ist das erste von den letzten Topen gebildete Kabinett dieser Insel zurückgetreten. Der frühere Minister des Auswärtigen, Fanonli, hat es abgelehnt, eine neue Regierung zu bilden. Alle nationalistischen Devis haben in El Baska eine Gegenregierung gebildet. Das Land befindet sich vollständig in Anarchie.

Die Türkei muß den Kriegshilfen.

Brüssel, 22. Jan. Der Wallländer „Corriere della Sera“ meldet aus Konstantinopel: Das Parlament beschloß mit großer Mehrheit die Strafverfolgung der Urheber des Eintritts der Türkei in den Weltkrieg 1914. Dem Beschluß ging eine mehrstündige scharfe Debatte voraus.

Paris, 22. Jan. Aus Oren wird gemeldet: Raketen, welche von den Ufern des Nil hinauf geschossen sind, wurden, bei Car Dinka sei ein großes Gefecht zwischen Spaniern und Rifvölkern gewesen. Die Spanier seien zum Rückzug gezwungen worden. Beide Eriten hätten starke Verluste gehabt.

Derliche Angelegenheiten.

Der Eisenbahner-Ausstand.

Der von den radikalen Gruppen der Eisenbahner angeführte Eisenbahnerstreik ist in Dresden am Sonntag mit großer Ausbreitung gekommen, obwohl noch kein Streikbeschluss einer der großen Organisationen vorlag. Der Fernverkehr und der Güterverkehr wurden schon Sonntag mitteilig stillgelegt, während der Vorortverkehr noch bis Sonntagabend nach 12 Uhr aufrechterhalten wurde.

Nach dem bei der Generaldirektion Dresden vorliegenden Mittelnungen handelt es sich bei dem Eisenbahnerstreik bisher nur um einen wilden, lediglich in Dresden und den nächsten Dresdener Vororten ausgedehnten Streik. Auf den am Sonntagvormittag von der Generaldirektion erlassenen Aufruf haben sich an vielen Arbeitsstellen zahlreiche Eisenbahner gemeldet. Sie erklärten, daß sie vor nicht fließendem Verkehr, daß ihnen die Aufnahme des Dienstes lediglich durch den Terror der Streikleitung unmöglich gemacht werde. Am Sonntag gegen Mittag sind bereits Leute der wilden Streikleitung auf dem Bureau des Eisenbahnerverbandes erschienen und haben dort den Versuch gemacht, die Verhandlung zur Übernahme der Streikleitung zu veranlassen, dem dieselbe aber nicht nachgegeben ist. Von der Generaldirektion ist bei der schließlichen Regierung der Antrag gestellt worden, die Technischen Reichsanstalt, Reichsminister Reichlich hat es aber abgelehnt, diesem Entschluß haltsamen. Dabei sind von der Streikleitung, obwohl sie bekannt gegeben habe, daß sie Verhandlungsmittel, Kohlen und Milchlinge durchsuchen wolle, tatsächlich Verhinderung angebracht worden. Die Verbindungen Dresden-Berlin und Dresden-Berlin haben bis abend aufrecht erhalten werden können.

Der Präsident der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden hat Sonntag den nachfolgenden Aufruf durch Anschlag an sämtlichen Dienststellen ergehen lassen: Eisenbahner! Von verantwortlicher Seite ist in Dresden in die Kreise der Bediensteten starke Besorgnis verbreitet worden, die bei einzelnen Dienststellen sogar zu wilden Streiks geführt haben. Es werden mit der Aufrechterhaltung zum Streik Forderungen auf Besoldungs- und Ruhegehältern gestellt, deren Erfüllung nur durch Geheiß oder tarifvertragliche Vereinbarungen mit den Organisationsstellen zulässig ist. Ein Streik von Beamten wäre ein schwerer Dienstverstoß, ein Streik von Arbeitern ein Verstoß. Ich verweise auf die Pflichten und Bekenntnisse aller Eisenbahner und erwarre, daß sie keinen Verstoß auf diese Pflichten begehen, die mit dem wahren Wohle aller Bediensteten und den Interessen der Volkswirtschaft unvereinbar sind. Ich richte an alle die Aufforderung, ihre Arbeit ohne Unterbrechung fortzusetzen und sichere denjenigen vollen Schutz zu, die hierin zögern. Ich würde es tief bedauern, wenn die Ereignisse mich zwingen sollten, Eisenbahner gegen ihre eigenen Kollegen in Schuld zu nehmen, oder andere Maßnahmen gegen den Streik zu ergreifen. Dr. Wittig, Präsident.

Trotz dieser wohlmeinenden Bittensuche sind in einzelnen Dienststellen in Dresden fest und dessen Umsetzung würde Streiks ausgedehnt. Daraufhin hat der Präsident folgenden Aufruf erlassen: Ich bitte zu meinem tiefen Bedauern sehr, daß meine Aufforderung zur pflichtgetreuen Dienstleistung nicht überall befolgt worden ist. Schwere

von Seiten sich ich nunmehr zu folgenden Maßnahmen geneigt: Diejenigen Eisenbahner, die ihre Arbeit verlassen haben, werden aufgefordert, bis Montag, den 23. Januar 1923, nachmittags 2 Uhr die Arbeit wieder aufzunehmen. Wer dieser Aufforderung nicht nachkommt, hat, soweit er Arbeiter, Angestellter oder Beamter auf Kündigung ist, sein Arbeitsverhältnis von diesem Zeitpunkt an mit sofortiger Wirkung selbst beendet. Gegen unflätige Beamte wird disziplinarisch vorgegangen.

In den übrigen Teilen Sachsens, und, soweit bei der Generaldirektion Dresden bekannt, auch im Reich, hat das Eisenbahnerpersonal abgehört, in den Streit einzutreten.

Die bäuerliche Eisenbahnergewerkschaft und ebenso der sozialistische Eisenbahnerverband in Dresden sind bestrebt, den von den radikalen Elementen beschriebenen Streik möglichst zurückzuführen. Es wird zwar damit gerechnet, daß Teilweise hier und da ausbrechen, — was ja leider auch Tatsache geworden ist —, man glaubt aber, daß es zu keinem allgemeinen Eisenbahnerstreik in Sachsen kommen wird. Auch die übrigen Gewerkschaften werden, wie es heißt, in dem wilden Streik die Eisenbahner nicht unterstützen.

Neue Amtsbezeichnung. Nach einer Verordnung des Finanzministeriums führen künftig die Oberförster, die zu Revierverwaltern ernannt sind, die Amtsbezeichnung „Forstmeister“ und die Vorstände der Forstrentämter die Amtsbezeichnung „Forstrentamtmann“.

Zunehmende Sterblichkeit durch die Grippe. Die Grundzahl der deutschen Großstädte war während des ganzen Jahres 1921 nie so schlecht gewesen wie in der letzten Woche bis zum 31. Dezember. Selbst ohne Ortsstrome ist die Sterblichkeit, auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet, auf nicht weniger als 17,2 gestiegen. Von 144 in der ersten Januarwoche fiel die Sterblichkeit langsam bis auf 9,4 Ende Juni, stieg dann wieder in Schwankungen auf 9,5 bis Anfang Oktober. Seitdem ist sie mit ganz geringen und ganz vorübergehenden Schwankungen gestiegen. Sie hat betragen in der ersten Dezemberwoche 13,5, in der zweiten 14,8, in der dritten 15,1. An der Steigerung besonders beteiligt ist die Influenza. Im August hatten die Todesfälle in allen 49 deutschen Großstädten davon 11 betragen, noch in der ersten Dezemberwoche nur 7,7. In den drei letzten Wochen stieg dagegen die Zahl dieser Erkrankungen auf 17,4, 23,3 und 60,8. Schuld ist es bei der Lungenentzündung. Die Todesfälle an dieser Krankheit betragen in den vier Dezemberwochen 44,5, 57,5, 63,9 und 72,3 in der letzten Woche des Jahres.

Die neue Zählensprache im Fernsprechverkehr. Umfangreiche Versuche, die seit Jahren angestellt wurden, haben ergeben, daß durch eine verständliche Zahlenansprache die Mißverständnisse und falschen Verbindungen im Fernsprechverkehr bedeutend vermindert werden können. Nachdem sich die Beamten im inneren Dienstverkehr genügend mit der neuen Zahlenansprache vertraut gemacht haben, soll diese allgemein Anwendung finden. Die hauptsächlichsten Neuerungen sind: 1. Grundzahlen. 0 nuff, 1 eins, 2 zwos, 3 dreel, 4 feier, 5 finsef, 6 sech, 7 siebun, 8 acht, 9 nohn, 10 jahn 11 äiff, 12 gemawoff, 13 dreizehn 14 vierzehn, 15 funfzehn usw., 20 zwanzich, 21 einzwanzich, 25 fünfzwanzich usw., 30 dreißich, 31 einunddreißich usw., 40 vierunddreißich, 50 fünfunddreißich, 51 einundfünfunddreißich, 55 fünfunddreißich, 60 sechunddreißich, 70 achtunddreißich, 80 neununddreißich, 105 einundhundertfünf und dreißich, 110 einundhundertfünf und vier, 111 einundhundertfünf und fünf, 120 einundhundertzwanzich usw., 200 zweihundert. 2. Trennung zusammengesetzter Zahlen. 5-0, 1-1-0, 1-11, 2-0-0, 2-0-0, 5 hundert, 20-20, 18 hundert, 3-0-75, zwanzich 32, 67-21, 8 tausend, 9-0-0-1, 9-0-0-0.

Wien, 23. Jan. Eine Ostböhmer Chefin aus Niederschlesien ist vom Schöffengericht mit 1000 Mark Geldstrafe belegt worden, weil sie gewässerte Milch als Vollmilch verkauft hatte.

Schwarzburg, 23. Jan. Am Sonntagabend wurde auf dem Weg nach Erla auf eine 60 Jahre alte Frau ein Stichtalkenstaken verfallen. Der Unstliche, ein 20jähriger Arbeiter aus Anstaltsdorf, wurde heute festgenommen.

Sonntagvormittag, 23. Jan. Zwecks Ausbildung im Skilanglauf weist seit einigen Tagen eine Abteilung Reichsarbeiter aus Barchen in unserer Stadt und unternimmt tägliche Übungsfahrten in unserem vom gemaltiger Sportfreude besetzten Wintergelände.

Hofortau, 23. Jan. Das Landeswohnungsamt hat für die Gemeinde Sola, Bernsdorf und Hofortau erwidert, daß die Verteilung von Urteilen und von Vergleichen, soweit es sich um Klagen erweiterter Wohnungen handelt, nur mit Zustimmung des zuständigen Einigungsamtes zulässig ist.

Elsteritz. Ein Großfeuer hat das Hippodrome Grundstück vollständig eingeäschert. Sechs Familien wurden obdachlos. Der Schaden ist sehr bedauerlich.

Rudersdorf. Der frühere Wirt in Rudersdorf, Kriegsinvalid Wilhelm, verlor seine Ehefrau mit einem Armeesoldaten zu erschließen. Die Frau flüchtete und sprach aus dem Fenster, wobei sie sich einen komplizierten Unterschenkelbruch zuzog. Die auf die Frau abgegebenen Schüsse gingen glücklicherweise fehl.

Wahren, 23. Jan. Die Heiligen Straßenbahn streifen im Lohndampf. Sie verlangen für die Stunde 12 Mark, bisher erhielten sie 8,50 Mark. Gestern hatten sie beschloffen, falls ihre Forderung nicht bewilligt werden sollte, in den Streik zu treten. Seit heute ruht der Verkehr auf allen Straßen.

Freiberg. In Oberbergricht hat Luz von Vollendung des 63. Lebensjahres Herr Herr Karl Entert. Seit 200 Jahren sind die Enterts ein Vortagsgeschlecht. Karl Entert war seit 1804 Nachfolger seines Vaters hier. Sein älterer Sohn ist jetzt Herr Herr der Pöschelgemeinde in Leipzig, sein jüngerer Sohn Student der Theologie.

Waldheim. Der 14jährige Sohn Karl des Oberbergrichters Waldheim in Waldheim wurde durch die Eltern mit dem Stiel aus dem Hals erwischt vor.

Aus den Parteien.

Die Deutschnationalen klagen gegen den Antrag Kammer.

Berlin, 22. Jan. Am Freitag lagte in Berlin die Deutschnationalen Reichstagsfraktion zusammen mit Vertretern der Deutschnationalen Reaktion des Preussischen Abgeordnetenhauses, um zu dem Antrag Panauer betreffend die Umgestaltung der Gewerkschaften Stellung zu nehmen. Bekanntlich ist dieser Antrag, der nicht im Namen der fraktion, sondern im Namen gestellt worden war, im Ausschuss in der ersten Lesung angenommen worden, nicht am wichtigsten, weil auch die Abgeordneten Scholz und Dr. Vöde von der Deutschen Volkspartei und die Abgeordneten Fischer (Rdn) und Schilling von der Deutschnationalen Partei dem Antrag zugestimmt haben. Die Deutschnationalen Fraktionen stellen fest, daß der Antrag Panauer nicht ihren Grundansichten entspricht und fordern, daß der Antrag sofort und unbedingt, ohne jede Klausel, zurückgezogen ist. Es wurde demgemäß beschlossen. Der freie Handel und das freie Gewerbe sollen Grundfragen unserer Wirtschaft bleiben; im Interesse ihres Wohlbefindens können Gewerkschaften gegründet werden, die sich zur Korruption führen, nicht gebildet werden. In diesen Grundfragen ist laut des am 20. Januar gefassten außerordentlichen Beschlusses der Deutschnationalen Reichstagsfraktion, festgehalten. Dr. Barth.

Roske Reichstagskandidat. Eine Anfrage aus seinem früheren Wahlkreis Chemnitz, ob er dort eventuell eine Kandidatur annehmen würde, hat Roske ablehnend beantwortet. Er ist als Spitzenkandidat eines anderen Bezirkes in Aussicht genommen. (Man kann es Roske nicht verdenken, wenn er davon absteht, in Chemnitz aufzustellen zu lassen, wo die „Volkstimme“ ihren ehemaligen Viehdiebstahl in schändlicher Weise behandelt hat. „G. W.“).